

# Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend (Ausgabe am Abend vorher). Bezugspreis wird monatlich festgesetzt. Bestellungen nehmen alle Postämter und die Zeitungsverleger, sowie die Verlagsstellen, entgegen. In Fällen höherer Gewalt, Streich, Betriebsstörung usw. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Verlags- und Druckerei-Anschluss Nr. 24.

Amliches  
Publikationsorgan



für Amts- und  
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1. Millimeter hohen Raum 2 Goldpfennig, für außerhalb Wohnort 3 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teile 4 Goldpfennig, im Realantheile 5 Goldpfennig, (einschl. Umhüllsteuer). Schmutziger und tabellarischer Satz mit Aufschlag. Anzeigenannahme bis Dienstag und Freitag vormittag 9 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbegehalle.

Nr. 88.

Sonnabend, den 3. November 1923.

26. Jahrg.

## Chronik des Tages.

- Die Sozialdemokraten machen ihr Verbleiben in der Großen Koalition von der Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes abhängig.
- Reichskanzler Dr. Stresemann ist erkrankt.
- Die sächsischen Gewerkschaften und Sozialdemokraten fordern in einem Beschlusse zum Abbruch des Abzuges gar nicht wenig zum Ausbruch gekommenen Generalstreiks auf.
- Am 18. November kommt ein Häufel der Räte in Berlin.
- Der amerikanische Handelsattaché Hoover wird möglicherweise sein Amt niederlegen, um in den Sachverständigenausschuss für Reparationen als amerikanisches Mitglied einzutreten.
- Der Reichskommissar für Sachsen wird die Regierungsgewalt an die neue Regierung abgeben, sobald die Minister vor dem Landtag bereit sind.
- Am 5. November ab folgte ein Fernbrief eine Milliarde.
- Am 11. November Berliner Volkspark vom 1. November: 120 675 000 000 Geld, 130 825 000 000 Brief.

## Deutsche Sozialpolitik.

Die Folgen des verlorenen Krieges und die Gebundenheit der letzten Jahre haben die einschneidende deutsche Sozialpolitik mit ihren vorbildlichen Versicherungsweisen nicht vor den Augen gebracht. Die Leistungen liegen kaum mehr im Verhältnis zu den primitivsten Erfordernissen. Dabei haben sich die mangelnde Beweglichkeit der bürokratischen Verwaltung und die übertriebene Gebundenheit eine wesentliche Rolle gespielt. Trotzdem wäre es verfehlt, nunmehr nach der Schaffung eines neuen wirtschaftlichen Grundgesetzes eine Wiederherstellung der früheren Leistungen der deutschen Sozialpolitik zu erwarten. Das Uebel liegt tiefer. Zu jeder Versorgungsmaßnahme für die vom Schicksal weniger begünstigten gehört nun einmal ein gewisser Wohlstand. Und dieser Wohlstand setzt ein produktives, Gewinne abwerfendes Wirtschaftsglied voraus. Das sind elementare Tatsachen, die nicht wegzudiskutieren sind. Darum wird eine allmähliche Verbesserung unserer Sozialpolitik nur erfolgen können in gleichem Schritt mit der eigenen Produktion unserer Wirtschaft. Zusammenlegung und technische Vereinfachung im Versicherungswesen werden vielleicht das Schlimmste vorläufig noch aufhalten können. Ohne eine Steigerung unserer wirtschaftlichen Substanz und der Gütermenge aber wird auch die deutsche Sozialpolitik auf die Dauer einen schlimmen Sozialfall nicht entgehen können.

Sie handelt es sich um ganz elementare Tatsachen und Vorgänge. Der Kern der Erscheinungen ist der, daß — abgesehen von aller außerpolitischen Sabotage einer europäischen Außenpolitik durch Poincaré — nicht nur in Deutschland, sondern auch in England erst jetzt die Hauptmengen der werktätigen Altersklassen (zwischen 20 und 50 Jahren), die in den Jahrzehnten vor dem Kriege von Jahr zu Jahr zunehmend geboren worden sind, in den Arbeits- und Konsumprozess eintraten. Und unter freiblichen Verhältnissen wäre dies wahrscheinlich ein ernstes Problem für die leitenden Staatsmänner in Europa geworden. Dieser Zusammenhang hat der englische Wirtschaftspolitik einen in seiner Reifezeit „Der Wiederaufbau Europas“ unübersehbar nachgewiesen.

Es handelt sich also um Probleme des Bevölkerungsmachstums, die uns auch in Deutschland einfach ihren Willen aufzwingen. Wir müssen Arbeit und Arbeitsgelegenheit schaffen für mehr Menschen als vor dem Kriege und damit auch Nahrung und Verbrauchsgüter. Und das auf einem kleineren Raum, mit beschränkteren Mitteln. Hier ruht der medizinische und physikalische Zwang zur Steigerung der Produktion.

## Rufenstimme in Berlin.

Die Große Koalition gefährdet.  
Die Große Koalition im Reich ist wieder einmal in Gefahr. Die Sozialdemokraten haben drei Bedingungen aufgestellt, von deren Erfüllung sie ihr weiteres Verbleiben in der großen Koalition abhängig machen. Eine Entscheidung ist zunächst noch nicht gefallen, da

der Reichskanzler leicht erkrankt ist und deshalb die Fraktionsführer der Sozialdemokraten nicht empfangen konnte.

Die drei Voraussetzungen der Sozialdemokraten. Die sozialdemokratische Reichsfraktion hatte sich am Mittwoch abend eingehend mit den Vorschlägen in Sachen und Bayern befaßt und nach reichsweitem Austausch folgende Beschlüsse gefaßt:

„Die sozialdemokratische Fraktion kann in der Koalition nur verbleiben, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt werden:

1. Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes.
2. Die Reichsregierung behandelte das Verhalten der bayerischen Räte nicht als Verfassungsverstoß und unternimmt im Einklang mit der Reichsverfassung sofort die gebotenen Schritte gegen Bayern.
3. Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in Sachsen ist Aufgabe der Schutzpolizei. Reichswehrbehörden sind nur auf Anforderung des Landesherrn der Zivilgewalt betraut. Beurlaubung in die Reichswehr eingetragene Anhänger rechtsradikaler Verbände sind zu entlassen.

Die beiden folgenden Fragen sollen außerdem noch zum Gegenstand der Verhandlungen gemacht werden:

1. Die Gewährung werksfähiger Löhne ist steuerlich zu regeln.
2. Die Landwirte sind zur Lieferung von Nahrungsmitteln zu zwingen, die offen zutage tretende Sabotage des Landbundes und der Landwirte sei zu bekämpfen.

Diese Entschließung sollte Donnerstag vormittag dem Reichskanzler mit einer eingehenden mündlichen Begründung von dem sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden überreicht werden. Infolge einer leichten Erkrankung des Reichskanzlers konnte jedoch die Besprechung nicht stattfinden und wurde auf kurze Zeit vertagt. Sobald die Angelegenheit feststehen hat, tritt die sozialdemokratische Reichsfraktion nochmals zusammen, um den Bericht ihrer Vertreter über die Besprechung mit dem Reichskanzler entgegenzunehmen. Dann wird sie auch zu dem Angebot ihrer Vertreter im Reichskabinett, von ihrem Posten zu scheiden, endgültig Stellung zu nehmen haben.

## Zentrum und Ausnahmezustand.

Der Vorsitzende der 28 deutschen katholischen Bauernvereine des Westens, Freiherr v. Kerferling zur Borg, hat an die Reichsfraktionen der Zentrumspartei und der Deutschen Volkspartei ein Schreiben gerichtet, in dem es u. a. heißt:

„Die Stunde verlangt heute vor allem eins: die entschlossene Wiederherstellung der staatlichen und wirtschaftlichen Ordnung in den Teilen des Reiches, die der Regierungsgewalt noch unterstellt geblieben sind. Aus diesem Gesichtspunkt erscheint es unabweisbar, gegenwärtig auf den militärischen Ausnahmezustand zu verzichten. Welche Rechte der landlichen Wählerschaft verlangen, daß, wenn das Kabinett, dem Anträge der Ministerpräsidenten der Länder und der Sozialdemokratischen Partei tragend, in Aussicht auf die Erhaltung der gemeinsamen großen Koalition sich zu einem solchen Schritt entschließen sollte, die der Partei angehörigen Minister unverzüglich aus der Regierung austreten.“

Diese Forderungen sind für die Stimmung in den maßgebenden landwirtschaftlichen Kreisen des Westens überaus bezeichnend.

## Französische Doppelzüngigkeit.

Poincarés Antwort auf Englands Rheinlandprotest.

Das wohlwollende Verhalten der Franzosen und Belgier gegen die Sonderbündler im Rheinland hat England zu einem energischen Protest veranlaßt. Die britische Regierung hat durch ihre Botschafter in Paris und Brüssel eine Note überreicht, in der das englische Kabinett gegen jeden Versuch, Deutschland durch Unterstützung der separatistischen Bewegung aufzutreten oder zu zetteln, Einspruch erhoben wird. Der Protest wird damit begründet, daß jede Förderung des Separatismus einen Bruch des Versailles Vertrages darstelle, da einzelne unabhängige Provinzen des Reiches nicht für die Gesamtverpflichtungen des Reiches haftbar gemacht werden können. Frankreich würde ferner darauf hingewiesen, daß jede Freisetzung Deutschlands gegenüber der Welt, die die Freisetzung Deutschlands zu leisten, herabzusetzen. Aus diesem Grunde sei die entlassene Regierung nicht in der Lage, die

separatistische Bewegung im Rheinland mit Gleichgültigkeit zu betrachten. Außerdem widerspreche der Separatismus dem § 17 des Versailles Vertrages, der die Grenzen des Deutschen Reichs festsetze.

Die französische Regierung hat diese Note sofort mit folgender Erklärung beantwortet: „Frankreich hält sich nicht für berechtigt (1), in die inneren Angelegenheiten Deutschlands einzugreifen, oder dem Wunsch (2) der rheinischen Bevölkerung entgegenzutreten (3), der offenbar darauf gerichtet ist, innerhalb des Reiches einen autonomen Staat zu errichten.“

Diese Erklärung der französischen Regierung ist ein Ausnahmefall französischer Doppelzüngigkeit. Einerseits bekennt Poincaré sich zu der Auffassung, daß Frankreich kein Recht habe, in innere Angelegenheiten Deutschlands einzugreifen. Ihre sollen sein werden die separatistischen Verbände im Rheinland von den Franzosen verfolgt, bewacht, gefoltert, während die Abwehr der Bevölkerung durch Belagerungszustand, Besetzungssperre, Preisverbot niedergedrückt wird. In Sachen waren die Separatisten schon vertrieben, die Belgier haben sie zurückgedrängt, in Bonn waren sie schon vertrieben, die Franzosen haben sie wieder eingesetzt, in Wiesbaden waren sie schon vertrieben, die Deutschen haben sie wieder eingesetzt, die Kolonnen französischer Soldaten und Gendarmen haben ihnen wieder ein Amtsbüro erobert — alles haben ein offenes Kartieren der Befestigungsstruppen mit den Separatisten. Poincaré aber erklärt, Frankreich ist zu einem Eingriff in die inneren Angelegenheiten Deutschlands „nicht berechtigt“.

Wenn Poincaré weiter behauptet, die rheinische Bevölkerung könne zu wünschen, das Rheinland in einen autonomen Staat zu verwandeln, so schlägt er damit der Wahrheit geradezu ins Gesicht. Die Anhänger der Rheinischen Republik sind fast ausnahmslos landfremde Elemente, berufsmäßige Verbrecher und wasserlandlose Gesellen, mit denen das rheinische Volk nichts zu tun haben will. Die Rheinländer halten kein Stück Land, wie jeder andere deutsche Stamm und wollen von einer Loslösung aus dem deutschen Staatsverbande auch nicht das geringste wissen.

In England wird die französische Antwort auf die Separatistennote des Londoner Kabinetts zweifellos eine tiefe Enttäuschung auslösen. Die Empörung ist wohl größer, als Baldwin seiner Zeit auf der Werter Ministerzusammenkunft von Poincaré die klare Aussage erhalten hatte, daß Frankreich unter keinen Umständen irgendwelche separatistischen Bewegungen fördern werde. Durch die offensichtlich zweifelhafte Begründung der Sonderbündler haben sich die Franzosen außer der Vertragsverletzung noch einen Vorbruch zu schulden kommen lassen, den sich eine Weltmacht wie England nie darstellte, kaum geschehen lassen wird.

## Entspannung in Sachsen.

Amtsantritt der sächsischen Regierung.

Die Lage in Sachsen hat sich weiter gelöst. Reichskommissar Dr. Selme hat nach der Wahl des neuen Ministerpräsidenten dem Reichskanzler Bericht erstattet und von diesem den Auftrag erhalten, den Ministerpräsidenten Hellwig von Mittelburg die sächsischen Ministerliste zu reichen. Der Reichskommissar hat daraufhin im Laufe des Donnerstags vormittag den sächsischen Ministerpräsidenten empfangen und ihm die Stellenannahme der Reichsregierung bekanntgegeben. Es ist zu erwarten, daß die Stelle, zu deren Erreichung die Reichsregierung den Reichskommissar eingesetzt hat, damit erreicht wird.

Einberufung des Landtags.

Der Landtagspräsident hat telegraphisch den Landtag zusammenberufen. Als Tagesordnung steht der Berichtigung des Ministerpräsidenten, Abgabe der Regierungserklärung und Vorstellung des Kabinetts an. Ursprünglich sollte der Landtag erst am 6. November zusammentreten. Nach der Berichtigung des Ministerpräsidenten Hellwig von Mittelburg und der sofort danach erfolgenden Berufung der Minister wird die neue Regierung ihre Arbeit sofort antreten. Der Reichskommissar Dr. Selme wird nach der Konstituierung sein Amt abgeben.







### Schlachtviehmarkt.

Am 31. Oktober waren aufgetrieben: 138 Rinder (242 Hühner, 215 Schafe, 581 Fäße und Färsen), 915 Rinder, 2073 Schafe, 1901 Schweine, 49 Bienen und 469 Nessel- und Schweine. (In Milliarden pro Zentner): Ochsen 500 bis 1000; Bullen 600-1000; Fäße und Färsen 400 bis 1000; Rinder 500-1800; Schafe 500-1000; Schweine 1100 bis 1300; Bienen 350-450. Marktpreise: Rinder und Schafe ruhig, Schweine flott. Es herrschte freier Handel. Viehpreise wurden nicht festgesetzt.  
(Die Preise sind Marktpreise für nächsten gewohnten Tiere und solchen künstliche Speien des Handels als Stoll für Ferkeln, Markt- und Verkaufsstellen. Umfassender sowie bei natürlichen Vermögensverlust ein. Statistisches Notizen 13 bis 30 v. S. niedriger.)

### Schluszdienst.

**Verhaftung eines Separatistenführers.**  
— Köln, 1. Nov. Kremers, einer der Separatistenführer, kam heute nachmittag im Auto hier an und wurde von der Polizei sofort in Ghusyplatz genommen.

### Ausgabe von Regiebanknoten.

— Koblenz, 1. Nov. Die französische Eisenbahnregie hat heute 50 Millionen franken Regiebanknoten ausgegeben. Sie sollen für die Zahlung der Reisenden an die französisch-belgischen Eisenbahnen dienen.

### Frankenreicher Terror in Mainz.

— Mainz, 1. Nov. Etwa 150 Arbeiter und Erwerbslose, die der Stadtverwaltung von den Gewerkschaften zum Schutz der Notenkasse in den betreffenden Stadtkreisen zur Verfügung gestellt worden waren, um weiteren Märdereien der Separatisten vorzubeugen, sind von französischen Kriminalbeamten und Soldaten nach den schwersten Mißhandlungen in das Gerichtsgefängnis gebracht worden.

### Entwaffnung des Selbstschützen in Ludwigsbafen.

— Ludwigsbafen, 1. Nov. Eine etwa 100 Mann starke aus verschiedenen Berufsständen bestehende deutsche Abteilung, die das Stadthaus besaß, um es vor den Separatisten zu schützen, ist von französischen Truppen ungeniert und abgeführt worden.

### Polizeiarbeit gegen eine Verbringung der deutschen Schuld.

— Paris, 1. Nov. Polizeiarbeit hielt heute bei der Entfaltung eines Dekrets im Bereich einer Note, die er sich mit großem Nachdruck gegen eine Verabreichung der Reparationsschuld wandte. Er führte aus, die Reparationskommission kann wohl feststellen, was Deutschland in diesem Augenblick oder in der nächsten Zukunft zahlen kann. Sie kann sich dabei von Sachverständigen beraten lassen, die sie selber ernannt. Es ist auch die Aufgabe der Kommission, die Zahlungsmodalitäten festzusetzen und die Mittel zu finden, die zur Deckung der deutschen Forderungen im Reich führen können. Aber man darf von ihr nicht verlangen, daß sie die Bestimmungen widerstrebe, die sie selbst betreffs der Höhe unserer Forderungen getroffen hat und ebenjowenig, daß sie sich für alle Zukunft binden soll.

### Deutschlands „augenblickliche“ Zahlungsfähigkeit.

— Paris, 1. Nov. Polizeiarbeit hat in seiner Antwort auf die getriggerte britische Note über den Sachverständigenausschuss verlangt, daß vor der Bezeichnung Zahlungsfähigkeit Deutschlands das Wort augenblicklich gesetzt werde. D. h. also, daß Frankreich von vornherein verstanden will, daß die Sachverständigen sich irgendeine mit der Frage der Gesamthöhe der deutschen Schuld beschäftigten können.

### Aufruf zur „Reichshilfe“.

**Einderung der Lebensnot.**  
Ein Aufruf, in dem sich u. a. der Reichsernährungsminister Graf v. Helldorf, die Gattin des Reichspräsidenten und die Frau des Reichsfinanzministers befinden, fordert in einem Aufruf zu Spenden für die überhartetliche Erhaltung der Reichshilfe auf, die die

### Ernährung und Bekleidung der notleidenden Völkgenossen bewacht.

Der Aufruf lautet:  
Zunehmend unsere Verdorben und Eschloßern sind nicht mehr in der Lage, sich selbst zu ernähren. Darum, Frauen und Männer Deutschlands, rufen wir euch in letzter Stunde zur Mitarbeit auf: Helft in dieser Not!

Es gilt jetzt Hunger und Elend zu beseitigen, um das deutsche Volk vor Verwesungsgeschritten zu bewahren, durch die die Reichshilfe geführt und Deutschland in den Zustand der Kleinhaare zurückgeführt würde.

Der Kampf gegen Hunger und Not ist Menschenpflicht, ist aber auch Pflicht gegenüber dem Vaterland zur Erhaltung der Staats.

Dieser Aufgabe will sich in vollem Umfange die Organisation „Reichshilfe“

nehmen. Ihr Hauptitz und die Gehaltsstellen befinden sich in der Sage, sich selbst zu ernähren. Darum, Frauen und Männer Deutschlands, rufen wir euch in letzter Stunde zur Mitarbeit auf: Helft in dieser Not!

Die „Reichshilfe“ gebildet von Männern und Frauen aller Stände ohne Rücksicht auf politische Parteieinstellung, soll durch fakultative und feststimmte Ausgaben helfen, die Ernährung der notleidenden Kreise des deutschen Vaterlandes sicher zu stellen.

**Geldes Gite tut not!!!**  
Verbände wie Einzelpersonen, stellt eure Arbeitskraft sofort der „Reichshilfe“ zur Verfügung! Frauen und Männer, gebt eure Spenden an Geld und Lebensmitteln an die Sammelstellen!

Geldspenden nimmt jede Bank unter Konto „Reichshilfe“ entgegen. Sammelstellen für Lebensmittel werden an den einzelnen Orten bekannt gegeben.

Alle deutschen Banken werden gebeten, Geldbeträge für die „Reichshilfe“ anzunehmen und sie sofort bereitwillig anzulegen. Verfügungsberechtig ist die Reichsregierungsbeordnete Frau Katarina von Heim, Berlin W., Kurfürstendamm 181, an die die Bankentstellungen über die eingegangenen Beträge richten wollen.

### Lokales und Provinziales.

#### Jan Sonntag.

Neben der politischen Realpolitik und der volkswirtschaftlichen Entwicklung freitretet noch immer, und jetzt mehr als je, der Bau der Kirche, des Reiches Gottes. Und wie wichtig ist das auch für die Einzelpersonlichkeit. Denn der Mensch besteht nicht nur aus Körper, Substanz, sondern er besitzt auch Geist und Seele. Auch diese bedürfen der Pflege, der Leitung und Nahrung. Sonst werden wir lebende Leischnen, ein totes Volk. Nun soll der Sonntag der Tag des Reiches Gottes sein. Sein Segen soll uns Lebensenergie und Heilserfüllung machen. Das bedeutet dann Glück für Herz und Haus; es ist ein Kräfte sammeln zu neuem Wirken und zugleich ein wohlgeleiteter Dienst für den großen Gottesgedanken in dieser Weltzeit.

Breite denn in diesen Tagen, Herz, dein Herz noch weiter aus. Laß uns nicht alleine tragen zu dem großen Gottesdank. Aber laß es uns'ren Seelen nicht an tiefer Verdringung festhen; Gib uns den Verleugnungssinn; Nimm die Herzen völlig hin!

**Altersleben.** Unmittelbar auf Altersleben folgt der Altersertrag, den die katolische Kirche zum öffentlichen Gedächtnis der Bestorbenen eingeführt hat. Schon in den frühen Zeiten des Christentums haben die Christen alljährlich eine Gedächtnisfeier für die Seelen der Bestorbenen gehalten, doch war hierfür noch kein bestimmter Tag festgesetzt. Gegen Ende des 10. Jahrhunderts hat dann der Pst Hadri in Clugny angeordnet, das Andenken der Bestorbenen alle Jahre am 2. November zu begehen. Bald verbreitete sich der fromme Brauch immer weiter, bis Pst Johannes XIX. die Feiertag des Altersertrages für die gesamte katolische Kirche vorgeschrieben hat, und zwar für den Tag nach Altersleben.

**Das Gefährliche Reichsbanknoten.** Von den in letzter Zeit ausgegebenen Reichsbanknoten über 500 Millionen Mark mit dem Datum des 1. September 1923, die ihren Schein in einem natürlichen Wasserzeichen und in den

im Papierstoff eingebetteten Pflanzenfasern haben, sind Fälschungen aufgefangt, die von Hand angefertigte Gabelschichten nach einer photograbirten Aufnahme einer echten Note darstellten. Die Fälschungen sind als solche an dem fehlen der Gabelschichtenmerkmale — Wasserzeichen und Pflanzenfasern — unsicher zu erkennen. Vor Annahme dieser Fälschungen wird gewarnt. Für die Aufdeckung von Fälschungsversuchen und dahin führende Angaben zählt die Reichsbank hohe Belohnungen.

**Annahme von Goldanleihebüchern bei Steuerzahlungen.** Der Reichsminister der Finanzen hat die Finanzbehörden angewiesen, Scheine der wertbeständigen Anleihe des Deutschen Reiches (Goldanleihe) und die für sie ausgegebenen Anleihebescheinigungen als Zahlungsmittel bei Steuerzahlungen allgemein anzunehmen. Die Annahme erfolgt zu dem von Reichsminister der Finanzen festgestellten Wert. Bis auf weiteres gilt als Annahmewert der Kennwert. Die mit Fälschungen ausgegebenen Scheine der Goldanleihe (also Stücke im Einzelwert von 42 Goldmark = 10 Dollar und mehr), denen der laufende und die später fällig werdenden Fälschungen nicht beigelegt sind, sowie beigelegte oder mit Bemerkten versehen und infolge dessen nicht unlauffähige Stücke sind von der Annahme ausgeschlossen. Eine Fälschung erfolgt in keinem Falle. Bei Annahme der Stücke wird ihr Goldwert in Papiermark umgerechnet. Der Umrechnung wird der Goldumrechnungssatz zugrunde gelegt, der am Tage der Zahlung für Reichssteuer gilt. Dieser Goldumrechnungssatz kann aus der Tagespresse entnommen oder aus den Ausgehungen auf den Postanstalten (bis zu den Postagenturen einschließl.) erfahren werden; die Finanzbehörden erteilen über die Höhe des Goldumrechnungssatzes jederzeit Auskunft.

**Wirtschaft ausgewiesener Ausländer.** Wie aus Essen gemeldet wird, haben die Besatzungsbehörden die Direktoren Kattau und Weirich von der Heide Zollverein benachrichtigt, daß sie ungeniert ins besetzte Gebiet zurückkehren können. Kattau war feinerzeit ausgewiesen und Weirich zu fünf Jahren Gefängnis in Abwesenheit verurteilt worden.

Zur Erläuterung der heutigen Bekanntmachung des Finanzamtes folgende Beispiele dienen: 1.) Von einem Umsatz von 2 Millionen im Oktober wird die Umsatzsteuer in Höhe von 40 Millionen erst am 15. November — also nach Ablauf der Schonfrist — gezahlt. Bei einem Goldumrechnungssatz am 31. Oktober — Tage der Entfaltung der Schuld — von 15 Milliarden für 1 Goldmark beträgt die Steuerhuld 150 Goldmark. Falls der Umrechnungssatz für 1 Goldmark am 15. November 40 Milliarden betragen würde, müßten daher für die Steuerhuld von 1 1/2 Goldmark an diesem Tage 60 Milliarden bezahlt werden. 2.) An Einkommensteuervorauszahlung waren am 5. Oktober 540 Millionen Mark zu bezahlen. Im Tage der Entfaltung der Schuld — 5. Oktober — war der Goldumrechnungssatz für 1 Goldmark 36 Millionen, die Steuerhuld beträgt daher 540 Millionen: 36 Millionen = 15 Goldmark. Bei Bezahlung der Schuld am 27. Oktober war der Umrechnungssatz 15 Milliarden, es waren daher also 15 mal 15 Milliarden = 225 Milliarden zu entrichten. Sind, wie in diesem Falle, Verzugszinsen zu berechnen, so werden sie von dem Goldmarkbetrage in Gold für jeden Tag bis zum Zahlungstag einbez. berechnet. Neben Nebenabgabe und Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer und auf die Körperschaftsteuer sind am Tage der Fälligkeit (ohne Schonfrist) zu zahlen.

**Gasberechnung mit rückwirkender Kraft zulässig.** W. T. B. teilt mit: Die Reichsregierung hat sich mit Rücksicht auf das öffentliche Wohl entschlossen, eine Verordnung herauszugeben, die die Weiterlieferung von Gas, Wasser und Elektrizität sicherstellt. Sie hat, soweit von den Ländern oder von diesen beauftragte Behörden nicht schon andere Zahlungsverfahren (Verlauf von Gutshöfen, Bestellung von Vertrauenspersonen zur Feststellung der verbrauchten Menge sowie zur Entgegennahme und Weitergabe

antreiben — das vermag er nicht. Zwei gläserne Augen stehen ihn an, ein verzerrtes Gesicht grinst ihm entgegen. Seiner Stimme nicht mehr mächtig, läßt er alles stehen und läuft, so schnell er kann, zurück ins Dorf. Sein Angstgeschrei rief alles zusammen: nur mit Mühe, sammelt er, was er suchen erhebt.

Mit Axten, mit Beilen, mit Dreiflügel bewaffnet man sich. Ein Duhend handfester Leute mach' sich auf. Nicht! Nach stehen auf der Straße die Tiere und hängen den Kopf! Neben ihnen der Tot.

Mitige Leute lassen zu. Da — o Entsetzen! man erkennt ihn: der Freiberger von Dalwang! Was ist geschehen? Ertönt nicht aus seiner Brust Blut? Ein Schuß! Lebt er noch? — Vergeblich! Steif und kalt!

Im Nu hat man eine Wahre zusammen gebunden. Langsam bewegt sich nun der Zug nach dem Dorfe. Kinder, Frauen, Männer, alles umringt die Anomenden. Jedes will Mustun! haben, und jedem erschauert das Herz, als sie die Wahre erblicken. Nur eine dünne Rede verdrängt ihnen den Toten. Eine schmale, blutspur, bezeichnet seine Bahn.

Im letzten Huselein, in der zerfallenen Scheune, liegt man den Erschossenen nieder. Die Polizei erscheint. Der Staatsanwalt wird benachrichtigt.

Die sonst unbeachtete Scheune wird zum Ort des Interesses. Man verlegt den Eingang. Man stellt einen Posten daor.

Nun liegt der Tot allein. Nur durch die Ritzen des Daches lugt das Blaugraue des Himmels, und ab und zu hüpfen rascheln Mäuse durch das halboberste Stroh.

Und noch einmal geht durch die Bevölkerung ein tiefer Schreden. Nicht weit von der Leiche des Dalwanger findet

man den Küstler. Er lebt, er kann sprechen wiewohl er mit dem Hinterkopfe auf einen Stein geschlagen ist und stark blutet. Von ihm erfährt man das Missetat: Nacht — Wälder — Ueberfall — Kaser — Stutz — Schuß — Flucht!

Von Schloß Dalwang kommt Nachricht: Schaumbedeckt, zitternd, mit zerbrochenem Wagen hat man die Kappen gefunden. Herr und Küstler fehlen. Der Lebdiener liegt in wilden Fieberphantasien und ist vernehmungsunfähig. Da packt ein anderes Wort die erregte Menge:

„Rache!“  
Der wilde Kaser ist der Mörder; niemand zweifelt daran. Das ganze Dorf macht sich auf. Man will ihn fangen, man will ihn todschlagen!

Kein Mensch denkt daran, wie der Freiberger von Dalwang zu Lebzeiten unbesteht, ja verfehlt war, wie er in unfähigem Hohn die Bauernvolk verachtete, wie er kaltblütig den wehrlosen Widerer niederschlug. Der Tod löst alles aus. Jetzt fordert man Rache für sein Sterben!

Zum Glück ist die Polizei stark und gewandt und versteht die Bevölkerung zu beruhigen und Gewalttaten zu verhindern.

Eine Abteilung stark ausgewählter Mannschaften umgibt die friedliche Waldhütte. Enger zieht man den Kreis. Der Mörder kann nicht entfliehen!

Nun tritt man ein. Mit schreckensbleichem Angesicht öffnete Wechthild.

„Was, ihr Bruder Kaser ein Mörder?“  
„Ohnmächtig belacht sie zusammen.  
Man verhört die alte Sanne. Schredend wirft sie sich auf die Anie nieder, ruft Himmel und Hölle an und beteuert ihre Unschuld.

Das Haus wird durchstöbert, kein Winkel bleibt ungesucht. Bewünscht! Von dem Mörder keine Spur!

Mutter und Tochter werden gebunden. Unter strenger Bewachung fährt man sie ins Untersuchungsgefängnis ab. Die Hütte wird verschlossen und durch große amtliche Gerichtsgelehrte gesichert.

Man zauderte lange und beriet eingehend, wer der gnädigen Baroness von Wetterlein die fleißigsterliche Mitteilung von dem jähren Ende ihres Bräutigams, des Freiherrn von Dalwang, überbringen sollte.

Endlich machte sich der alte wackere Lehrer in Begleitung des Untersuchungsrichters zu dem schweren Gange auf. Dem Greise zitterte die Stimme, und in seinen trüben Augen schimmerten Tränen, als er seiner jungen, schönen Gelehrter gegenüberstand und ihr nun langsam, flüchtig, mit liebevollsten Worten enthielt, was der allmächtige Herr in seiner unerforschlichen Weisheit so Schweres über ihr junges Glück verhängt habe.

Aus dem Anlitze der Baroness wich alles Blut. Kein Wort vermochte sie zu antworten. Langsam wandte sie sich um; schleppend verließ sie das Gemach. Sie mußte mit sich allein sein.

Sie wußte selbst nicht, wie sie in ihr Mädchenstübchen gelangte. Die Anie zitterten über und eine Dymnadt wollte sie überkommen.

Fortsetzung folgt.



der Zahlungen oder dergleichen) zugelassen sind, den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken die Berechnung erteilt, in einem auf 16 Tage festgelegten Abrechnungs- und Berechnungs-Zeitraum, für den die Rechnung ausgefüllt ist, denjenigen Preis zu berechnen, der am Tage des Eingangs der Rechnung für die Verbraucher gilt. Es bleibt den Werken dabei unbenommen, eine noch kürzere Frist, die natürlich im Interesse der Verbraucher wäre, falls sie technisch durchführbar ist, zu wählen. Mit Rücksicht auf eine prompte Geschäftsabwicklung mußte den Werken als äußerstes Druckmittel gegen lässliche Schuldner die Lieferungsperre zugewilligt werden.

**Übermalige Verdoppelung der Postgebühren.**  
Unter dem Zwang der Geldentwertung, hat die Postverwaltung die zum 1. November festgelegten Gebühren für Briefsendungen und Pakete des Inlandverkehrs abermals verdoppeln müssen. Der einfache Fernbrief kostet demnach vom 1. November ab 100 Millionen, die Fernpostkarte 40 Millionen M. Weitere voraussichtlich sehr beträchtliche Erhöhungen stehen zum 5. November bevor. Gleichzeitig von Donnerstag, den 1. Noobr., ab wird die Schlüsselzahl für die Fernsprechgebühr auf 3 Milliarden erhöht. Danach kostet von diesem Zeitpunkt an ein Ortsgespräch 1 1/2 Milliarden Mark.

**Wertbeständiges Geld der Provinz Sachsen.**  
Wie uns mitgeteilt wurde, sind Erwägungen im Gange, in nächster Zeit als Lebensgrundlage zur wertbeständigen Währung auf Grund der Goldanleihebeziehungen der Provinz wertbeständiges Notgeld auszugeben. Es sind Verhandlungen im Gange mit den anderen Bundesländern über die Provinz und der Landwirtschafskammer, dieses Notgeld einheitlich für die ganze Provinz Sachsen auszugeben.

Die Not des Volkes steigt in ungeahnter Weise. Jeder Tag bringt neue Ueberbahrungen, jede Stunde neue Preise. Die Millionenheine, über die man schon enstehet war, sind nach kurzem Dablein abgetan, eine Milliarde ist heute schon wieder Kleingeld und man bekommt kaum einen Bückling dafür. Nicht selten verdoppeln sich die Preise der notwendigen Lebensmittel von einem Tage auf den andern, und der Verbraucher, der abends seinen Lohn erhält, steht mit Schreden am andern Morgen, daß sich sein Geld über Nacht um die Hälfte entwertet hat. Und diejenigen, die durch Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit oder Arbeitsunfähigkeit nur geringe Einnahmen haben, leben ratlos vor den traurigen Verhältnissen. Ein frohes Gesicht ist in diesen Tagen eine Seltenheit, die elenden wirtschaftlichen Zustände, die namentlich unsere Hausfrauen ein schweres Dasein schaffen, machen die Menschen mühsam und nerods. Jeder Versuch, die deutsche

Währung zu halten, war bisher vergeblich und wird vermuthlich vergeblich bleiben, der Zusammenbruch wird auch über die lange auf sich warten lassende Rentenbanknot weiterlaufen — wir stehen fasthändig am Ende unserer Kraft.

**Das Gift im Pflaumenkern.** Zur Pflaumenzeit erscheint es angebracht, darauf hinzuweisen, daß die Pflaumenkerne ebenso wie die Kirschkerne ein außerordentlich gefährliches Gift, nämlich die Blausäure, enthalten. Kindern sollte deshalb das Aufknabern von Pflaumenkernen und das Essen der Kerne streng verboten werden. Es ist überhaupt dringend vor dem Genuß dieser Kerne zu warnen; empfindliche Magen werden schon durch einen ganz geringen Genuß der Kerne schwer in Mitleidenhaft gezozen.

**Kirchliche Nachrichten.**

**Ortskirche:** Am Reformationsfest (23. Sonntag nach Trinit.) vom. 10 Uhr: Gottesdienst, Herr Pfarrer Langguth.  
11 Uhr: Kinder-Gottesdienst, Esplanade.  
**Katholische Kirche:** Am Sonntag, vom. 10 Uhr: Gottesdienst, vorher Beichte.

**Markt-Kalender.**

Am 5. Noobr.: Kramm, in Brettin.  
6. Viehm. und Schweinem. in Elster.  
7. Schweinem. in Brettin, Schw. in Schönwalde.

**Es wäscht bleicht und desinfiziert gleichzeitig** das **persil** **unübertroffene Waschmittel** **Du sparst damit und schonst die Wäsche!**

**Amtliche Bekanntmachungen.**

**Schorsteinfegerergebühren.**  
Die Vornahme für die Woche vom 21. bis 28. Oktober 1923 beträgt 10 000 000 Torgau, den 29. Oktober 1923.  
Der Landrat, Dr. Drews.

**Bekanntmachung.**  
Die Zuschläge zu den Grundmieten betragen vom 1. November d. Js. ab **21 576 000 000 Prozent.**  
Die Mieten sind künftig am Anfang jeden Monats zu entrichten.  
Annaburg, den 1. November 1923.  
Der Gemeinde-Vorstand, Henze.

Die Säuglings-Wiegende findet Dienstag, den 6. Noobr., von 3-5 Uhr nachm., im Gemeindefaßl. Schwester Sturzebecher.

Auf Grund der Aufwertungsordnung sind alle Zahlungen an Reichssteuer nach dem Goldwert der Steuerpflicht zu entrichten. Der Goldwert wird errechnet nach dem Goldumrechnungssatz am Tage der Entstehung der Schuld und dem Umrechnungssatz am Tage der Zahlung. Tag der Entstehung ist für Vorauszahlung auf Umsatzsteuer der letzte Tag des Geschäftsjahres, für Abteilungsabgabe, Vorauszahlungen auf Einkommensteuer und Körperschaftsteuer der Tag der Fälligkeit, für Arbeitsgeberabgabe und Abführung der Lohnsteuerbeträge der 10., 20. und letzte des Monats, für Nach- und Abschlußzahlungen auf Körperschaftsteuer der letzte Tag des Geschäftsjahres. Innerhalb einer Schonfrist nach Entstehung der Schuld erfolgt Zahlung zu dem ursprünglichen Papiermarkbetrag. Die Schonfrist beträgt für Umsatzsteuer und Nach- und Abschlußzahlungen auf Körperschaftsteuer 7 Tage, für Arbeitsgeberabgabe und Abführung der Lohnsteuerbeträge 5 Tage, für Einkommensteuer, Abteilungsabgabe und Körperschaftsteuerbeträge besteht keine Schonfrist. Wer also nicht rechtzeitig zahlt, muß bei fortschreitender Geldentwertung mit einer Erhöhung der Steuerlast rechnen.  
Auskunft erteilt das Finanzamt, Zimmer 7.  
Torgau, den 29. Oktober 1923.  
Finanzamt Torgau.

**Polizeiliche An- und Abmeldeschneie** sind vorrätig in der Buchdruckerei H. Steinbeiß.

**Weißhänden-Kalk, Portland-Zement, Zementkalk, Gips, Rohgewebe Dachpappe, Klebemasse, Carbolinum Krippenschalen, Tonröhren usw.** stets vorrätig, empfiehlt **Wilhelm Kunze, Dampfzägewerk — Holzhandlung Dauschäfer, Baumaterialienhandlg.** — Fernsprecher Nr. 6 —

**Bekanntmachung.**

Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 26. v. Mts. geben wir unserer weiteren Entschiedenheit bekannt, daß wir den **Nichtpreis für 1 cbm Gas** auf

**28 Goldpfennige** ermäßigen konnten.

Der Gaspreis für die 2. Otktoberhälfte beträgt somit unter Zugrundelegung des geltenden Dollarkurses 8,5 Milliarden Papiermark. Dieser Preis gilt als Mindestpreis.

Die Rechnungsbeträge für obige Verbrauchszeit sind **bis Montag, den 5. ds. Mts.,** im Gaswerksbüro zu zahlen.

Erfolgt Zahlung innerhalb dieses Zeitraumes nicht, so erfolgt Umrechnung des Gaspreises zu dem am Tage der Zahlung gültigen Dollarkurs.

Es wird gebeten, bei Bezahlung die Rechnungsnummer anzugeben.

Annaburg, den 2. Noobr. 1923.  
Die Gaswerksverwaltung, Bergner.

**Zahn-Atelier**  
**Georg Consentius, Dentist**  
Annaburg, Torgauerstr. 31  
— Telefon Nr. 23 —  
empfeht sich zur **Behandlung aller Zahnkrankheiten, Plomben in Gold, Silber, Porzellan, Cement, Zahnziehen mit Betäubung, jede Art künstl. Zahnersatz**  
— Behandlung für Kranke in den Speicherkabinen täglich 9-3 Uhr.  
Kaufe ständig Platin, Gold und Silber.

**Fahrräder, Nähmaschinen, Zentrifugen, Kinderwagen, Sprechapparate und Platten.**  
Jedes alte Fahrrad wird **wie neu** hergestellt in meiner **Reparaturwerkstatt und Emallieranstalt.**  
**Fritz Rödler, Annaburg,**  
Fernsprecher Nr. 53.

**Köhler's Deutscher Kalender für 1924**  
mit vollständigem Märkte-Verzeichnis und einem Wand-Kalender ist erschienen und zum Preise von 4,8 Milliarden Mh. zu haben bei **Herrn Steinbeiß, Buchhandlung.**

Freitag den 2. Noobr., abends 8 Uhr

**Bauern-Versammlung** im Gasthof zum „Siegestrang“. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Der Vorstand.

**Annaburger Lichtspiel-Haus.** Sonntag, den 4. Noobr., abends 8 1/2 Uhr: **Grosstadtluft.** Sensationelles Sitten-drama in 5 Akten. Rollen gespielt von Mitgliedern des Opernhauses Wien.

**Wettlauf von Gase und Zgel.** Humoreske. **Veruche der tierischen Hypnose.**

**Künstler-Konzert.** Eintritt auch gegen Lebensmittel.

Transportable **Kachelöfen,** Schöfen, Schamottesteine, Ofentüren, Roste u. liefert in reicher Auswahl **Ofen- u. Tonwarenfabrik Annaburg.** Ausführung sämtlicher Ofenarbeiten.

**Salicyl-Pergament, fettreiches Butter-Einlagpapier,** empfiehlt **Herrn Steinbeiß, Papierhdlg.**

Zurückgekehrt vom Grabe, uneres lieben unvergesslichen Sohnes, Bruders und Onkels **Willy Schmager** sagen wir allen für die erwiesene Teilnahme herzlichsten Dank. Insbesondere danken wir dem Herr. Ratf.-Berein Wollig für die gescheite Trauermusik, dem Herr. Ratf.-Berein Naundorf sowie dem gesamten Bezirksvorstand des 13. Bezirks für die Abordnung des Genossen Behnke, welcher in warmen Worten unserem lieben Dahingefahrenen die letzte Ehre erwies. Gleichzeitg auch Dank dem Herr. Ratf.-Berein Annaburg und der gesamten Belegschaft seiner letzten Arbeitsstätte in Wittenberg sowie den vorgenannten Vereinen für die prächtigen Kranzbinden. Auch allen denen, die unseren Lieben zur letzten Ruhestätte trugen und geleiteten, danken wir herzlich.  
Naundorf, den 1. Noobr. 1923.  
Die **trauernden Eltern** nebst **Gehhilfer, sein Sohn Erich und Anverwandte.**

**Purzien.** Sonntag, den 4. Noobr. ladet zur **Kirmes und Tanzmusik** freundlichst ein **E. Lehmann.**

Sonnabend früh von 9 Uhr ab empfehle **warme Wurst u. Mettwurst.** **Martin Wiesener.**

**Zahn-Atelier**  
Annaburg, Torgauerstr. 27, im Hause Konditorei Schüttauf.  
Sprechstunden für Zahnkranke: Jeden Montag von 9-11 und 2-6 Uhr.  
**K. Pape, Dentist, Wittenberg.**

**Kaufe jeden Posten Roggen.** **G. Kaufentzger.**

**Tausche** Milchziege gegen Schlachtziege. **Hans Wisenae, Frielehoffstr. 4.**

Die blühtste, reichhaltigste, interessanteste und gediegenste **Zeitschrift f. jeden Kleintier-Züchter** ist und bleibt die **Illustrierte Tier-Börse** **Dresden-Nr. 1** **Wettinerstr. 29**  
In der Tier-Börse finden Sie alles Wissenswerte über Geflügel, Hunde, Zimmervogel, Kanarienv, Ageren, Schafe, Biene, Aquarien usw. usw.  
Abonnements bitten beim zuständigen Postamt zu bestellen.  
**Christliches Informativ-Organ** **Inferate** zu Originalwert bei der Expedition d. Zeits. **Verlangen Sie Probe-nummer.** Sie erhalten dieselbe gratis und franko.



# Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erhebt wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend (Ausgabe am Abend vorher).  
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.  
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle, Zergauerstr. 3, entgegen.  
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung u. dgl. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.  
Fernsprech-Anschluss Nr. 24.

Amliches  
Publikationsorgan



für Amts- und  
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühren betragen für den 1 Millimeter hohen Raum 2 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 3 Goldpf., für Anzeigen in amtlichen Teile 4 Goldpf., im Reklameteile 5 Goldpf. (einschl. Umrahmung). Schmälerer und tabellarischer Satz mit Aufschlag.  
Anzeigenannahme bis Dienstag und Freitag vormittag 9 Uhr. Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.  
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbehold.

Nr. 88.

Sonnabend, den 3. November 1923.

26. Jahrg.

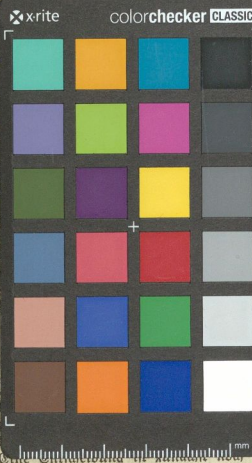
## Chronik des Tages.

Die Sozialdemokraten wachen ihre Verhältnisse in der Großen Koalition von der Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes abhängig.  
— Reichskanzler Dr. Stresemann ist erkrankt.  
— Die sächsischen Gewerkschaften und Sozialdemokraten fordern in einem Aufruf zum Abbruch des Abtrübnis gar nicht völlig zum Ausdruck gekommenen Generalspreises auf.  
— Am 18. November kommt ein Minister der Räte in Potsdam.  
— Der amerikanische Handelssekretär Hoover wird möglicherweise sein Amt niederlegen, um in den nächsten Tagen einen Auswahlausschuss für Reparationen als amerikanisches Mitglied einzutreten.  
— Der Reichskommissar für Sachsen wird die Regierungsgewalt an die neue Regierung abgeben, sobald die Minister vor dem Landtag bereit sind.  
— Vom 5. November ab folgt ein Fernbrief eine Milliarde.  
— Kurrier Briefe: Postamt Nr. 1, November: 129 675 000 000 Geld, 130 325 000 000 Briefe.

## Deutsche Sozialpolitik.

Die Folgen des verlorenen Krieges und die Geldentwertung der letzten Jahre haben die einschneidende deutsche Sozialpolitik mit ihrem vorbildlichen Versicherungsweesen dicht vor den Ruin gebracht. Die Leistungen stehen kaum mehr im Verhältnis zu den primitivsten Existenzansprüchen. Dabei haben sogar die mangelnde Beweglichkeit der bürokratischen Verwaltung und die überhäufte Geldentwertung eine wesentliche Rolle gespielt. Erhöhen wäre es verfehlt, nunmehr nach der Schaffung eines neuen werblichfähigen Geldes eine Wiederherstellung der früheren Leistungen der deutschen Sozialpolitik zu erwarten. Das Uebel liegt tiefer. Zu jeder Versorgungsleistung für die vom Schicksal weniger begünstigten gehört nun einmal ein gewisser Wohlstand. Und dieser Wohlstand setzt ein produktives, Gewinne abwerfendes Wirtschaftsglied voraus. Das sind elementare Tatsachen, die nicht ignorierbarer sind. Darum wird eine allmähliche Wiederanbahnung unserer Sozialpolitik nur erfolgen können in gleichem Schritt mit der steigenden Produktion unserer Wirtschaft. Zusammengehen und technische Vereinigung im Versorgungsweesen werden vielleicht das Schlimmste vorläufig noch aufhalten können. Ohne eine Steigerung unserer wirtschaftlichen Leistung und der Gütermenge aber wird auch die deutsche Sozialpolitik auf die Dauer einen schlimmen Schicksal nicht entgehen können.

Hier handelt es sich um ganz elementare Tatsachen



## Berlin.

bet.  
wieder einmal  
drei Bedin-  
die weitere  
hängig machen.  
nicht gefallen, da

der Reichskanzler leicht erkrankt ist und deshalb die Fraktionsführer der Sozialdemokraten nicht empfangen konnte.

Die drei Voraussetzungen der Sozialdemokraten.  
Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hatte sich am Mittwoch abend eingehend mit den Bedingungen in Sachsen und Bayern befaßt und nach mehrstündiger Aussprache folgenden Beschluß gefaßt:

„Die sozialdemokratische Fraktion kann in der Koalition nur bestehen, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt werden:

1. Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes.
2. Die Reichsregierung behandelt das Verhalten der sächsischen Reichstagsfraktion offen als Verfassungsgesetz und unterzieht im Einklang mit der Reichsverfassung sofort die gebotenen Schritte gegen Bayern.
3. Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in Sachsen ist Aufgabe der Regierung. Reichsgewalt ist nur auf Aufrechterhaltung des inneren Friedens heranzuziehen. Neuerdings in die Reichswehr eingetretene Anhänger rechtsradikaler Bestrebungen sind zu entlassen.

Die beiden folgenden Fragen sollen außerdem noch zum Gegenstand der Verhandlungen gemacht werden:

1. Die Gewährung wertvoller Löhne ist schmerzhaft zu regeln.
2. Die Kandidaten sind zur Sicherung von Nahrungsmitteln zu zwingen, die offen zutage tretende Sabotage des Landwides und der Landwirtschaft zu bekämpfen.

Diese Entschließung sollte Donnerstag vormittag dem Reichskanzler mit einer eingehenden mündlichen Begründung von dem sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden überreicht werden. Infolge einer leichten Erkrankung des Reichskanzlers konnte jedoch die Besprechung nicht stattfinden und wurde auf kurze Zeit vertagt. Sobald die Aussprache stattgefunden hat, tritt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nochmals zusammen, um den Bericht ihrer Vertreter über die Besprechung mit dem Reichskanzler entgegenzunehmen. Dann wird sie auch zu dem Angebot ihrer Vertreter im Reichskabinett, von ihrem Posten zu scheiden, endgültig Stellung zu nehmen haben.

## Zentrum und Ausnahmezustand.

Der Vorsitzende der 28 deutschen katholischen Bauernvereine des Westens, Freiherr v. Kerferl zur Borg, hat an die Reichstagsfraktionen der Zentrumspartei und der Deutschen Volkspartei ein Schreiben gerichtet, in dem es u. a. heißt:

„Die Stunde verlangt heute vor allem eines: die entschlossene Wiederherstellung der staatlichen und wirtschaftlichen Ordnung in den Teilen des Reiches, die der Regierungsgewalt noch unterstellt geblieben sind. . . Aus diesem Gesichtspunkt erscheint es unabweisbar, gegenwärtig auf den militärischen Ausnahmezustand zu verzichten. Weiterer Fortschritt der staatlichen Wiedervereinigung, das ist die Aufgabe der Reichsregierung, die der Partei angehörigen Minister unverzüglich aus der Regierung austreten.“

Diese Forderungen sind für die Stimmung in den maßgebenden landwirtschaftlichen Kreisen des Westens überaus bezeichnend.

## Französische Doppelzüngigkeit.

Poincarés Antwort auf Englands Rheinlandprotokoll.  
Das wohlwollende Verhalten der Franzosen und Belgier gegen die Sonderbindler im Rheinland hat England zu einem energischen Protest veranlaßt. Die britische Regierung hat durch ihre Botschafter in Paris und Brüssel eine Note überreicht, in der das englische Kabinett gegen jeden Versuch, Deutschland durch Unterstützung der separatistischen Bewegung aufzutreten oder zu zerreissen, Einspruch erhoben wird. Der Protest wird damit begründet, daß jede Förderung des Separatismus einen Bruch des Versailler Vertrages darstelle, da einzelne unabhängige Provinzen des Reiches nicht für die Gesamtverpflichtungen des Reiches haftbar gemacht werden können. Frankreich wurde ferner darauf hingewiesen, daß jede Verzögerung Deutschlands geeignet sei, Deutschlands Fähigkeit, Reparationen zu leisten, herabzusetzen. Aus diesem Grunde sei die englische Regierung nicht in der Lage, die

separatistische Bewegung im Rheinland mit Gleichgültigkeit zu betrachten. Außerdem widerspreche der Separatismus dem § 17 des Versailler Vertrages, der die Grenzen des Deutschen Reiches festsetze.

Die französische Regierung hat diese Note sofort mit folgender Erklärung beantwortet: „Frankreich hält sich nicht für berechtigt (1), in die inneren Angelegenheiten Deutschlands einzugreifen. Der Vorschlag (2) der rheinischen Bevölkerung entgegenzutreten (3), der offenbar darauf gerichtet ist, innerhalb des Reiches einen autonomen Staat zu errichten.“

Diese Erklärung der französischen Regierung ist ein Musterbeispiel französischer Doppelzüngigkeit. Einerseits bekennt Poincaré sich zu der Auffassung, daß Frankreich kein Recht habe, in innere Angelegenheiten Deutschlands einzugreifen. Der Vorschlag wird von den separatistischen Verbänden im Rheinland von den Franzosen befragt, befragt, gefordert, während die Abwehr der Bevölkerung durch Belagerungszustand, Verkehrssperre, Preisverbot niedergedrückt wird. In Baden waren die Separatisten schon vertrieben, die Belgier haben sie zurückgebracht, in Bonn waren sie schon vertrieben, die Franzosen haben sie wieder eingesetzt, in Wiesbaden waren sie schon vertrieben, die Franzosen haben sie wieder eingesetzt, die Bannone französische Soldaten und Gendarmen haben ihnen wieder ein Amtsstübchen erobert — alles haben ein offenes Balthieren der Besatzungsstruppen mit den Separatisten. Poincaré aber erklärt, Frankreich ist zu einem Eingriff in die inneren Angelegenheiten Deutschlands „nicht berechtigt“.

Wenn Poincaré weiter behauptet, die rheinische Bevölkerung könne zu wünschen, das Rheinland in einen autonomen Staat zu verwandeln, so schlägt er damit der Bevölkerung gerade ins Gesicht. Die Anhänger der Rheinischen Republik sind fast ausnahmslos landbesitzende Elemente, berufsmäßige Bauern und bauerndeckelnde Arbeiter, mit denen das rheinische Volk nichts zu tun haben will. Die Rheinländer halten treu zum Reich, wie jeder andere deutsche Stamm und wollen von einer Ausbreitung aus dem deutschen Staatsverbande auch nicht das geringste wissen.

In England wird die französische Antwort auf die Separatistennote des Londoner Kabinetts unmissverständlich eine tiefe Enttäuschung auslösen. Die Empörung ist umso größer, als Baldwin seiner Zeit auf der Pariser Ministerkonferenz von Poincaré die klare Aussage erhalten hatte, daß Frankreich unter keinen Umständen irgendwelche separatistischen Bewegungen fördern werde. Durch die offensichtlich begünstigende Sonderbehandlung haben sich die Franzosen außer der Vertragsverletzung noch einen Wortbruch aufzuheben kommen lassen, den sich eine Weltmacht wie England nie darstellt, kaum gefallen lassen wird.

## Entspannung in Sachsen.

### Amtsantritt der sächsischen Regierung.

Die Lage in Sachsen hat sich weiter geklärt. Reichskommissar Dr. Heine hat nach der Wahl des neuen Ministerpräsidenten dem Reichskanzler Bericht erstattet und von diesem den Auftrag erhalten, den Ministerpräsidenten beistehend um Mitteilung der sächsischen Ministerliste zu ersuchen. Der Reichskommissar hat daraufhin im Laufe des Donnerstags vormittag dem sächsischen Ministerpräsidenten empfangen und ihm die Stellungnahme der Reichsregierung bekanntgegeben. Es ist zu erwarten, daß die Ziele, zu deren Erreichung die Reichsregierung den Reichskommissar eingesetzt hat, damit erreicht sind.

### Einkerbung des Landtags.

Der Landtagspräsident hat telegraphisch dem Landtag zusammenberufen. Als Tagesordnung gibt er die Bereinigung des Ministerpräsidenten, Abgabe der Regierungserklärung und Bestätigung des Kabinetts an. Ursprünglich sollte der Landtag erst am 6. November zusammentreten. Nach der Vereidigung des Ministerpräsidenten soll der Landtag am Sonntag und der sofort danach erfolgenden Verurteilung der Minister wird die neue Regierung ihre Arbeit sofort antreten. Der Reichskommissar Dr. Heine wird nach der Konstituierung sein Amt abgeben.